

# Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Verkaufspreis: Dresden  
Raabe & Comp., Nr. 1268

Verkaufspreis: Gebr. Gschödl, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Braunschweig einschließlich Brüdergraben mit den wissenschaftlichen Heften „Rund der Wissenschaft“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitlingerplatz 10, Fernsprecher Nr. 5521. Sprechstunden nur montags von 10 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Weitlingerplatz 10, Fernsprecher Nr. 5521 und 12207  
Gehaltssatz von früher 1 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Kaufpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Monogramme, gelte 50 Pf. bis 90 mm breite Monogramme 150 M. für ausländische Posten ab 10 M. und 2 M. Handlungszettel, Stellen- und Werbeblätter 10 M. Vor Rabatt. Für Briefmarkenlegung 10 Pf.

Nr. 4

Dresden, Donnerstag den 6. Januar 1927

38. Jahrg.

## Gelbfreuz \* Hafenzentrum \* Sowjetstern

Die Verbrüderung zwischen Reichswehr und Sowjetrußland — Unterredung mit zwei Arbeitern der deutschen Gifftgasfabrik in Ruhland — „Reaktionäre Blätter durften gehalten werden“

Genosse Künzler, M. d. R., veröffentlicht eine ausschlaggebende Unterredung mit zwei deutschen Arbeitern, die in der Gifftgasfabrik der Reichswehr in Trost gearbeitet haben.

Diese Angaben geschöpft von den letzten Rechten des Sowjetgewebes der Kommunisten.

(Die Redaktion.)

Es bot sich mir Gelegenheit, mit zwei Genossen zu sprechen, die beide als Arbeiter im ersten Halbjahr 1926 in der Gifftgasfabrik tätig waren, die das Reichswehrministerium durch seine Dienststelle „Gefu“ in Russland errichten ließ.

Ich lasse nun meine Fragen und die Antworten der Genossen, die seit vielen Jahren Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind, im Wortlaut folgen:

Frage: Wie fand ihr nach Ruhland gereist?

Antwort: In Gruppen von 4 bis 10 Mann, mit Eisenpferden über Riga, Gedächtnis Moskau nach Trost. Und zwar im Dezember 1926.

G.: Wo liegt dies Trost?

A.: Einige Bahnhofstationen vor Samara, an der Wolga.

G.: Was habt ihr dort fertiggestellt? Auch, wie man im Kriege sagte, Gelbfreuz und Blaufreuz.

G.: Wie wurde das gemacht?

A.: Es wurden Spezialmaschinen aufgestellt. Ein Teil der Fabrik bestand in einem besonderen Güllraum zur Abfüllung von Gasflaschen im Umfang von einer Million Stück.

G.: Wer betrieb diese Fabrik?

A.: Seit dem Jahre 1924 die Firma Stolzenberg in Hamburg.

G.: Was ist das für eine Firma?

A.: Das ist die chemische Fabrik von Dr. Hugo Stolzenberg, Darmstadt 28, Württemberger Straße. Stolzenberg ist vollständig Mitglied der Nationalsozialistischen Partei.

G.: Ist Herr Stolzenberg selbst noch Trost?

A.: Ja, sehr häufig.

G.: Hatte Stolzenberg als Hafenfreund in Russland keine politischen Schwierigkeiten?

A.: Nein, gar keine.

G.: Wer hatte die geschäftliche Leitung des Betriebes?

A.: Geschäftsführer der Firma Stolzenberg in Trost war Regierungsbauamtsmeister Direktor Raff, auch ein Schwarzweizer.

G.: Wer hatte diesen Stolzenberg beauftragt?

A.: Die Reichswehr-Gesellschaft „Gefu“.

G.: Wußt ihr was „Gefu“ heißt?

A.: Ja, Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen. Das ist nur ein Deckname.

G.: Wie war eure Bezahlung?

A.: Sehr gut; es wurde in deutschem Gelde gezahlt. Die Arbeiter erhielten 700 bis 900 M. monatlich. Darin war eine Beihilfe zur Heimabfahrt und die Gefahrenzulage, die von Fall zu Fall festgesetzt wurde. Die Gefahrenzulage wurde gewohnt wegen der Gasgefahr.

G.: Wieviel Arbeiter waren zu eurer Zeit in Trost beschäftigt?

A.: 15 Meister und etwa 30 Arbeiter.

A.: Wurden die 700 bis 900 M. in Russland voll ausbezahlt?

A.: Nein, in Russland wurde nur die Abrechnung mit ausgemacht. Ein Exemplar der Lohnabrechnung ging an die Reichswehr-Gesellschaft „Gefu“ in Berlin, die dann mit Stolzenberg verrechnete. Stolzenberg batte in Berlin ein Büro in der Reichsstraße 9, während das Büro der Reichswehr-Gesellschaft „Gefu“ nebenan in der Reichsstraße 11 war.

A.: Welche Abzüge wurden von eurem Lohn gemacht?

A.: Die Steuerabzüge gingen an das jeweils zuständige deutsche Finanzamt.

A.: Wurden denn keine Sozialabgaben abgezogen?

A.: Nein, wir waren durch einen Pauschalvertrag des Reichswehrministeriums, Abteilung „Gefu“, bei der Versicherungsgesellschaft Albingia in Hamburg versichert.

A.: Hat es einen Betriebsrat?

A.: Nein.

A.: Wie hieß offiziell die Fabrik?

A.: Russisch Germania Fabrik Verfolg. d. h. Russisch-deutsche Versuchsfabrik.

A.: Was ist das Verfolg?

A.: Verfolg ist ein explosives Salz.

A.: Waret ihr in eures Freiheit beschränkt?

A.: Ja; unsre Briefe wurden gesperrt und wir durften keine sozialdemokratischen Zeitungen abonnieren. Die reaktionären Zeitungen „Münchner Neueste Nachrichten“, „Hamburger Nachrichten“, „Dresdner Nachrichten“ dagegen waren erlaubt. Sozialdemokratische Blätter sind nie durchgeflossen. Es war ausgeschlossen, sie zu erhalten. Dafür durften wir einen deutschen Kollegen, der kein Russisch verstand, in den Oekhovets wählen.

A.: Was gehabt für eure Gesundheit? Der Betrieb ist doch sehr gefährlich.

A.: Es waren zwei Arzte der aktiven Reichswehr noch nach Trost abkommandiert. Ein Standarzt und ein Unterarzt.

A.: Kammen noch andere deutsche Offiziere noch Trost?

A.: Jamohl; der Betrieb wurde oft von deutschen Offizieren kontrolliert, die von der Reichswehr-Gesellschaft „Gefu“ abgefordert waren.

A.: Wie benahmen sich denn die sowjetischen Behörden zu den Offizieren?

A.: Sehr zuvorkommend.

R.: Wurde ihr zu besonderem Schweigen verpflichtet?  
A.: Ja, man drohte uns wiederholte mit der Todesstrafe, die uns nicht wieder lebend aus Russland herauslassen würde, wenn wir etwas nach Haus schrieben. Dann drohte man uns auch mit Landesvertragsprozessen in Deutschland. Wir mußten einen Vertrag unterschreiben, der folgenden Wortlaut hat:

„Es wird Ihnen ausdrücklich zur Pflicht gemacht, über sämtliche Ihnen in Russland direkt oder indirekt bekannt werdenen Vorgänge, sowie über Ihre Tätigkeit, und über alle Ihnen bekannte werdende Geschäftsvorstellungen nach außen hin sowie auch im Betriebe selbst das stärkste Stillschweigen zu bewahren, wie Ihnen auch strengste Veröffentlichungen und Verträge irgendwelcher Art ohne Ausnahme untersagt sind. Verträge hiergegen ziehen sofortige Entlassung und entweder Schadensersatz und zufolgsweise Abhandlung durch die Reichswehr und zufolgsweise Abhandlung durch die in Frage kommenden Gerichte nach.“

G.: Wieviel durft ihr jetzt sprechen?

A.: Unter Vertrag ist gelöst, und Genosse Scheidemann hat ja im Reichstag alles schon aufgedeckt.

G.: Waren auch andre deutsche Firmen am Aufbau der Fabrik in Trost beteiligt?

A.: Ja, Siemens-Schuckert lieferte die elektrischen Anlagen, Linke Maschinen, die Kompressoren und Rudolf Meyer in Hamburg die Fernheizung.

G.: Warum habt ihr schließlich die Arbeit eingestellt?

A.: Es wurde gearbeitet bis zur großen Überschwemmung im Mai 1926. Das Hochwasser der Wolga war 2 Meter hoch. Der Winter war besonders streng gewesen. 35 Grad Kälte und fortwährende Schneemassen. Das Frühjahr kam sehr spät. Infolgedessen kam die Schneeschmelze zu plötzlich.

G.: Wie lange dauerte das Hochwasser?

A.: Das ganze Jahr stand wochenlang unter Wasser. Es bestand große Gefahr, daß 2 Tonnen Phosgen, die schon präpariert waren, durch das Hochwasser aus ihren Behältern bereit würden. Das wäre für uns alle für eine weite Umgebung tödlich gewesen. Es mußte sieben Tage gearbeitet werden, um das zu verhindern.

G.: Was geschah noch dem Hochwasser?

A.: Nachher wurden die Maschinen wieder instand gesetzt. Es wurden Verhandlungen über die neue Inbetriebsetzung geführt. Die Russen wollten in Zukunft das Reichswehr-Gefu direkt befreien, um die Fabrikation mit eigenen Kräften fortzuführen. Die Russen beschließen von da an, Stolzenberg herauszuholen und zu schikanieren. Sie beschwerten sich über Stolzenberg bei der Reichswehr-Gefu. Sie bezeichneten den Stolzenberg als einen Betrüger, der die Reichswehr um viele Millionen Mark betrogen habe.

G.: Wieviel konnten denn solche Vorwürfe gemacht werden?

A.: Die Russen haben Stolzenberg als Schwindler bezeichnet,

weil tatsächlich ungenügende Ergebnisse erzielt wurden. Es wurden zwar einige Tonnen Phosgen produziert und Flüssigkeiten zur Abschaltung von Gasgruben gebaut, aber abgeführt wurde nicht, da und die Über schwemmung zutraf.

G.: Wurden die Löste pünktlich bezahlt?

A.: Nein, es herrschte eine Riesenunzufriedenheit unter den Arbeitern und eine große Unzufriedenheit, weil unsere Angehörigen aus Deutschland schrieben, daß sie das Geld, das ihnen überwiesen werden sollte, nicht erhalten hatten. Wir drohten mit den deutschen Gerichten, stellten ein Ultimatum, da hielt es gleich: „Um Gottes Willen, das gibt einen größeren Skandal als den Sowjet-Skandal!“ und unsere Angehörigen erhielten ihr Geld.

G.: Erhielt die Firma Stolzenberg heute noch?

A.: Sie kam unter Geschäftsausicht und machte später Pleite. Ein Herr Bauer übernahm alle Aktien und Posten. Die Gläubiger bekommt 25% Prozent.

G.: Gibt es die Fabrik in Trost heute noch?

A.: Das wissen wir nicht. Nach der Über schwemmung wurde Stolzenberg aufgeschwemmt, die russische Metallindustrie verlangte, daß mit Stolzenberg Schluss gemacht würde. Darauf wurden wir deutschen Arbeiter Mitte Mai 1926 nach Deutschland abgeschoben. Es blieb nur ein Nachkommandant der Reichswehr-Gesellschaft „Gefu“, die sich unterdehn in „Wilo“, d. h. Wirtschaftskontor, umgetauft hatte.

G.: Es besteht also kein Zweifel mehr, daß Reichswehr und Sowjetrußland gemeinsam Gifftgas fabriziert haben, um die Reichswehr für den Bürgerkrieg mit diesem entzündlichsten aller Kampfmittel auszurüsten.

## Stingl, der Deutschtümmer

Dem Reichspostminister Stingl ist sein „Erfolg“ mit der Hitler-Marsche anscheinend zu Kopf gestiegen. Eine neue Verfolgung an die Oberpostdirektionen betraf, daß er seine Veröffentlichungen zur Begüßung des deutschen Volkes fortzuführen gedachte. Dagegen steht er entschieden, daß die Verwendung deutscher Eigenart und der Sprachstil des Deutschtums“ diene. Deshalb hat er angeordnet, daß überall im Postbetrieb, wo es irgend angeht, die deutsche Sprache angewendet werden soll, vor allem also bei der Herstellung von Drucksachen, Wertzeichen, Schildern, bei Inschriften an Häusern, Wagen, Briefkästen, Schaltern, bei Bekanntmachungen und Anschlängen in den Diensträumen usw. Es wäre nur auch durch die für das „Deutschland“, wie Herr Stingl es versteht, wenn auch die in Deutschland lebenden Ausländer die Schrift der Deutschen Reichspost lesen könnten!

## Das unbrauchbare Rezept

Gradnauer gegen Lipinski

Am Vorwärts erwidert der Genosse Dr. Gradnauer auf den Artikel Lipinskis in dem gleichen Blatt, den wir vor einiger Zeit wiedergegeben. Gradnauer knüpft an die Ausführungen Lipinskis an, der geschrieben hatte, die Sozialdemokratie habe als stärkste sächsische Partei die Initiative ergriffen, ein Regierungsprogramm aufgestellt und Gleißner als Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Gradnauer erscheint es sehr zweifelhaft, ob dieses Verhalten als eine wirtschaftlich politisch sinnvolle Initiative angesehen werden könnte. Er ist der Meinung, daß die Partei mit anderen sozialistisch nahestehenden Fraktionen hätte Führung in einer Wehrheitsbildung einzutreten. Wenn Lipinski von den Antikapitalisten verlangt, daß sie bei der Wahl für den Genossen Gleißner stimmen, so werde damit von ihnen ein ganz besonderes Maß von Selbstlosigkeit gefordert. Man müßte doch von der einmal gegebenen Tatsache ausgehen, daß der ganze Sinn der sozialistischen Politik in Sachsen darin liegt, daß sie eine sozialdemokratische Regierung, die abhängig von den Kommunisten sei, als ein Unglück für das Land ansiehe. Lipinski mußte also die kleinen Schar der ASVZ-Leute zu, daß sie ihre Überzeugung völlig verlassen solle, während er selbst nicht das geringste Entgegenkommen, geschweige denn Selbstlosigkeit überwölbt. Lieber, erlöse er, solle der Bürgerblock kommen. Es wäre dann wirtschaftlich eine hohe politische Kunst, es dahin zu bringen, daß im Arbeitervolke Sachsen eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt. Lipinski verweist auf den späteren Tag der Abrechnung, aber bis dahin könne sehr viel Schaden für das Land und seine Arbeiterschaft angerichtet werden. Vor der Landtagswahl sei immerfort in der Parteipresse Sachsen zu lesen gewesen: „Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Koalitionsregierung, nur die Art der Regierungsführung durch die bisherigen Minister hatte die Wirkung erzeugt, logischerweise müßte jetzt gerade die Lösung laufen, nun wollen wir beweisen, wie man mit tüchtigen Männern eine brauchbare Koalitionsregierung durchführen kann.“

Soweit der Genosse Gradnauer. Richtig ist, wenn Genosse Gradnauer ausführt, daß auch von der Sozialdemokratie Sachsen eine Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht grundsätzlich abgelehnt wird, aber er unterläßt es, auf die Tatsache hinzuweisen, daß da jetzt auch die Deutsche Volkspartei eine Koalition ableitet, die die SPD umfaßt und eine Mehrheit für eine Koalition abgibt, die die SPD umfaßt. Wir können uns auch nicht denken, wie ein Einverständnis mit der Deutschen Volkspartei über das Programm einer gemeinsamen sächsischen Regierung möglich sein sollte. Die Sozialdemokratie müßte z. B. darauf bestehen, daß wenigstens die besten Verschlechterungen in der Gemeindeordnung wieder gutgemacht werden. Wir möchten vor allem verlangen, daß das Einkommen im System in den Orten mit Magistratsverfassung in dem früheren Umfang wiederhergestellt wird. Wer Gleißner und die Seinen kennt weiß, daß sie auf eine derartige Bedingung nicht eingehen werden. Dazu kommt aber vor allem, die Gleißner und Kompanie haben die Koalition in den vergangenen Jahren zu sehr missbraucht, die Gleißner und Kompanie haben sich zu sehr missbraucht lassen. Unter diesen Umständen kann man es der Arbeiterschaft nicht zumuten, sich jetzt mit der Großen Koalition abzufinden.

Wir verstehen nicht den Nutzen, den in den Einzelstaaten eine Koalition mit bürgerlichen Parteien für das Proletariat haben kann, besonders wenn Männer von dem notwendigen Kaliber die Partei in der Regierung vertreten. Doch ist in Sachsen das Koalitionsproblem anders anzusehen als in den andern deutschen Bundesstaaten. In Sachsen und an der Wartburg hat die Sozialdemokratie keine Ansicht, in obiger Zeit einmal eine rein sozialistische Regierung aufzustellen zu bringen, die Beteiligung an einer Koalition ist das einzige Mittel für sie, um auch durch die Teilnahme an der Regierung Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung auszuüben. In dem roten Sachsen ist die Bildung einer sozialistischen Regierung, die wir Jahr lang gehabt haben, sehr wohl möglich, und die Tatsat der Partei